

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich zweimal; am Sonntage Morgen und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. — Inzerat nehmen an: in Berlin: A. Neumeyer, Rud. Mosse; in Leipzig: Eugen Fort, G. Engler; in Hamburg: Haasenstein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: Säger'sche Buchhandl.; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

# Danziger Zeitung.



## Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Paris, 6. März. Der „Moniteur de l'Armée“ enthält ein Circular des Kriegsministers Leboucq, welches verordnet, daß die Militärs der Jahresschiffe 1864, welche gegenwärtig beurlaubt sind, in Reserve-Cadres eingeschrieben werden sollen. — Ein amtliches Madrider Telegramm dementirt die Meldung des „Gaulois“ über den angeblich enthusiastischen Empfang des Herzogs von Montpensier in Madrid und fügt hinzu, daß die Regierung nicht allein nicht für die Candidatur Montpensiers gestimmt sei, sondern daß sie dieselbe sogar für unmöglich halte, da die öffentliche Meinung ihr widerspreche.

Madrid, 5. März. Cort. Sitzung. Interpellirt, warum die Regierung die telegraphischen Meldungen über eine dem Herzog von Montpensier gebrachte Ovation nicht habe dementiren lassen, erwidert der Minister des Innern, daß die Regierung solchen Meldungen kein Gewicht beilege. Der Ministerpräsident Prim erwidert auf eine Interpellation, in welcher der Regierung die Absicht unterlegt wird, einen Staatsstreich zu Gunsten des Herzogs von Montpensier zu machen, in feierlichster Weise, daß den Cortes allein das Recht zustehe, einen König von Spanien zu wählen.

## Die öffentliche Gesundheitspflege. I.

Eine Petition, betr. die Verwaltungs-Organisation derselben.

Von den Herren Prof. Dr. Richter (Dresden), Dr. Spiess und Dr. Varentz (Frankfurt a. M.), Dr. Wasserfuhr (Stettin) und Baurath Hobrecht (Berlin) ist, wie unsere Leser bereits wissen, eine Petition an den Reichstag des Nordd. Bundes gerichtet, in welcher dieselben die Vorlage eines Gesetzes, betr. die Verwaltungsorganisation der öffentlichen Gesundheitspflege im Nordd. Bunde verlangen.

Dieser Petition haben sich die städt. Behörden vieler Städte Norddeutschlands und eine große Zahl bedeutender wissenschaftlicher und technischer Capacitäten angeschlossen. Der Magistrat von Danzig hat es bisher nicht gethan, obwohl auch er eine Aufforderung zur Beteiligung erhalten hat. Diese Zurückhaltung dürfte für den ersten Augenblick um so auffälliger erscheinen, als gerade unser Magistrat seit dem Eintritt des Hrn. v. Winter in sein Amt die Verbesserung der öffentlichen Gesundheitspflege als den ersten und wichtigsten Theil seiner Thätigkeit angesehen und nach jahrelanger mühsamer Arbeit auch den Beschluß der städt. Behörden herbeigeführt hat, Danzig mit einer Canalisation und Wasserleitung zu versehen. Es dürfte daher gerade für uns von besonderem Interesse sein, den Inhalt der Petition, welche eine so tief in alle Verhältnisse einschneidende Frage betrifft, genauer zu prüfen und zu untersuchen, ob es sich empfiehlt, die in England bestehende Verwaltungs-Organisation für die öffentliche Gesundheitspflege in Norddeutschland ohne Weiteres einzuführen, wie dies die Petenten wünschen.

Das Gesetz, welches die Petenten fordern, soll folgende, von den vereinigten Sectionen für öffentliche Gesundheits- und Medizinalreform in der Versammlung der deutschen Naturforscher und Aerzte zu Innsbruck angenommenen Grundsätze zur Geltung bringen:

Die Sorge für die öffentliche Gesundheitspflege liegt in jeder städt. Gemeinde, wie in den Landbezirken einem bis zu einem gewissen Grade selbstständigen, aus Gemeindebeamten, Aerzten, Technikern und anderen Bürgern bestehenden Gesundheitsausschuß ob.

Dieser Ausschuß steht unter Aufsicht und Leitung eines für jeden größeren Verwaltungsbezirk zu ernennenden staatlichen Gesundheitsbeamten, der neben diesem Amte keine andere Praxis treiben darf, gleichberechtigtes Mitglied der betreffenden staatlichen Verwaltungsbehörde ist, in seinem Bereiche volle Initiative übt und in Verbindung mit den Gesundheitsausschüssen über die vorhandenen Polizeimittel zur Abstellung der ermittelten Uebelstände verfügt.

Die oberste Aufsicht und Leitung der öffentlichen Gesundheitspflege liegt einer staatlichen Centralbehörde ob. Sie hat die Ausführung der gesundheitspolizeilichen Gesetze zu überwachen, für fortlaufende Statistik und Berichte über die Gesundheits- und Sterblichkeitsverhältnisse und für Heranbildung, Prüfung und Anstellung tüchtiger Gesundheitsbeamten zu sorgen.

Schließlich verlangen die Petenten, daß der Unterricht über die Erkenntnis von Krankheitsursachen und über Krankheitsverläufe an den Universitäten, Fach- und Volksschulen sorgfältig zu pflegen sei.

In Bezug auf letzteren Punkt werden die Petenten gewiß auf allseitige Zustimmung und Unterstützung rechnen können. Nichts ist für die Erhaltung der Gesundheit und Kraft der Bevölkerung notwendiger, als daß das Bewußtsein und der Erkenntnis der hierzu erforderlichen elementaren Bedingungen in alle Kreise des Volkes eindringe. Nicht nur unsere Aerzte und Techniker sollen die Grundsätze der Gesundheitslehre kennen; sie müssen das Eigentum Aller werden.

Nicht so allgemeiner Zustimmung dagegen werden die Petenten begegnen in Bezug auf die, die anderweitige Verwaltungsorganisation der öffentlichen Gesundheitspflege betreffenden Forderungen. So schwer es uns wird, Männer entgegenzusetzen, welche sich um die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege in hohem Grade verdient gemacht haben, so sehr auch uns die Sache am Herzen liegt, welcher ihre Bestrebungen gewidmet sind, wir können doch die Meinung nicht zurückhalten, daß die Mittel, welche dieselben anwenden wollen, um das uns allen gemeinsame Ziel zu erreichen, nicht die richtigen sind, und wir können es daher nur billigen, daß sich der Magistrat von Danzig der Petition nicht angeschlossen hat.

Schon von vorneherein muß es sehr bedenklich erscheinen, den für die öffentliche Gesundheitspflege zu bildenden Aus-

schuß von Gemeindebeamten und andern Bürgern unter die unmittelbare Aufsicht und Leitung eines staatlichen Beamten zu stellen. Nach unserer Ueberzeugung heißt das den einheitlichen Character der Communalverwaltungen stören und ihre Wirksamkeit beeinträchtigen. Auf allen andern Gebieten suchen wir den Kreis der staatlichen Befugnisse enger zu ziehen und dagegen diejenigen der Communal-Verwaltung zu erweitern, weil wir glauben, daß dadurch das Gemeinwesen mehr gefördert und gestärkt werde — und hier wollen wir einen der wichtigsten Zweige öffentlicher Thätigkeit den Organen entziehen, welche zu derselben vermöge ihrer Stellung recht eigentlich berufen sind? Wir halten es für einen verhängnisvollen Irrthum, wenn die Petenten glauben, daß sie damit, daß sie einen kostspieligen staatlichen Apparat ins Leben rufen, dem Ziele, welches wir alle erstreben, näher kommen würden. Wo ist das Material für diese wichtigen Beamtenstellen? Die Fragen, um die es sich hier handelt, sind noch im Fluß. Selbst unter den Aerzten befindet sich bei uns immer noch eine sehr große Zahl, welche mit den von der neueren Wissenschaft anerkannten Grundsätzen der öffentlichen Gesundheitspflege wenig vertraut sind. Die hervorragenden Kräfte, welche jetzt auf diesem Gebiet thätig sind, wirken in freier und unabhängiger Stellung für die Sache mehr, als wenn sie in einen bürokratischen Apparat eingefügt sein würden. Die Fortschritte, welche in Deutschland in der öffentlichen Gesundheitspflege gemacht worden, sind allerdings noch nicht groß, aber das darf uns nicht in Verwunderung setzen, da es ist noch nicht so lange her, daß die neuern Lehren der Wissenschaft und Technik bei uns Eingang gefunden haben. Was aber bis jetzt geschaffen worden ist, das ist von den größeren Communen geschaffen; gerade der Staat und seine Organe verharren diesen Bestrebungen gegenüber in einer auffallenden Passivität. Auch die Petition erkennt in den Motiven an, daß in letzter Zeit für die Reform der öffentlichen Gesundheitspolizei theils durch die Presse, theils durch die Bildung von Vereinen viel geschehen sei, sie erkennt an, daß eine nicht unerhebliche Zahl von größeren Communen unter Aufwendung bedeutender Mittel rüftig Hand an das Werk gelegt haben und auch sie klagt darüber, daß „im Vergleich zu der zunehmenden Bedeutung und Entwicklung der öffentlichen Gesundheitspflege in der Wissenschaft und im Leben die Leistungen der mit der Sanitätsverwaltung in den verschiedenen Staaten des Nordd. Bundes amtlich betrauten Behörden weit zurückgeblieben sind.“

Und nun glaubt man diese Leistungen lediglich dadurch in ihrem Umfange und in ihrem Werthe zu erhöhen, daß die Befugnisse dieser staatlichen Behörden noch erheblich erweitert und ein kostspieliger Apparat geschaffen wird? Man täusche sich doch darin nicht! Nach unserer Ueberzeugung ruht die Sorge und die Ausführung für die den neuern Lehren der Gesundheitspflege entsprechenden Einrichtungen besser in der Hand der Communalverwaltung, als in einem neben derselben hergehenden Organe mit staatlichen und kommunalen Elementen unter Aufsicht und Leitung der ersteren. Wir sind in dieser Ueberzeugung bestärkt durch die Entwicklung, welche diese Frage in unserer Provinz genommen hat. Als die gegenwärtige städtische Verwaltung Danzigs mit dem Project auftrat, eine Wasserleitung und Canalisation für die Stadt zu schaffen, da waren es Anfangs nur wenige Männer, welche dem Project in seinem letzten Theil zustimmten. Die große Mehrzahl verhielt sich entschieden abgeneigt, auch wir haben uns nicht ohne Weiteres mit der Canalisation befreundet können, und zwar einfach deshalb nicht, weil uns die Resultate der englischen Entwässerungsanlagen und die Fortschritte der technischen Ausführung derselben damals vollständig unbekannt waren. Wir hatten meist nur Schriften von deutschen Gelehrten (auch preuß. Medizinalrathen) und Technikern in Händen gehabt, welche die Canalisation nicht bloß für sehr kostspielig, sondern auch für sehr gesundheitsgefährlich hielten und die Abfuhr des Unraths dringend empfahlen. Es dauerte aber nicht gar zu lange, als ein vollständiger Umschwung in der Meinung der Bürgerschaft sich vollzog. Man zog alles bekannte Material in die öffentliche Discussion und lernte daraus, daß die deutschen Theoretiker die neuern Anlagen Englands gar nicht kannten und vollständig falsche Ansichten darüber entwickelt hatten. An der Hand einer unter voller Oeffentlichkeit stattfindenden allgemeinen Discussion, bei welcher die Freunde und Gegner des Projectes gleichmäßig Gelegenheit hatten, ihre Meinung geltend zu machen, bildete sich bald die Majorität der Gemeindevertreter, welche, nachdem die Wasserleitung schon früher beschloffen war, im März vorigen Jahres auch der Canalisation zustimmte. Räum waren einige Monate verflossen, als dieselben Fragen auch in den andern Städten der Provinz auf die Tagesordnung kamen. Königsberg, Elbing, Pr. Holland haben ebenfalls die Einrichtung von Wasserleitungen beschloffen und auch Thorn ist im Begriff, es zu thun.

Diese Vorgänge führen uns zu wesentlich anderen Schlüssen und Forderungen, als die Petenten sie geltend machen.

## 15. Sitzung des Reichstages am 5. März.

Abg. Graf Renard interpellirt, ob das in Aussicht gestellte Gesetz „über die Bildung von Actiengesellschaften“ noch in dieser Session vorgelegt werden würde. Präsi. Delbrück hofft, daß der dem Bundesrathe vorgelegte Gesetzentwurf noch in dieser Session an den Reichstag kommen wird.

1. und 2. Berathung des Gesetzes zur Ergänzung der Maß- und Gewichtsordnung, nach welchem geachtete Maße, Gewichte und Maßwerkzeuge aus einem süddeutschen Staate, der dasselbe Maß- und Gewichtswesen mit dem Nordd. Bunde hat, im öffentlichen Verkehr angewendet werden dürfen. Vaden hat das Nordd. Maß- und Gewichtssystem eingeführt, Nordd. Maße und Gewichte zugelassen und wünscht nun Gegenseitigkeit in diesem Punkt. — Abg. Som-

bart meint, die zuzulassenden Maße und Gewichte müßten mit den norddeutschen nicht nur in Größe, sondern auch mit diesen in Material und Form übereinstimmend sein. Reubner erinnert ferner daran, daß der Reichstag auch eine auf Decimaltheilung beruhende Münzreform gefordert. — Präsi. Delbrück ist überzeugt, daß der ersten Forderung durch das Gesetz genügt wird. Auf die zweite Bemerkung erwidert er, daß unmittelbar nach dem Schluß des Reichstages eine Enquete, eine Vernehmung von Sachverständigen über die Frage der Münztheilung und Währung stattfinden solle, um wo möglich der nächsten Session darüber Vorlage zu machen. — Abg. Becker (Dortmund) empfiehlt die Herstellung einer internationalen Eichungskommission. — Das Gesetz wird angenommen.

2. Berathung des Strafgesetzbuchs. Art. 1 des § 26 wird nach dem Antrage v. Fries so angenommen, daß bei der Umwandlung der Geld- in Freiheitsstrafe einer tätigen Haft gleich geachtet werden soll 1 bis 5  $\frac{1}{2}$  bei Verbrechen und Vergehen, und 1 bis 5  $\frac{1}{2}$  bei Uebertretungen. Die Entscheidung über den Rest des § wird zurückgestellt. — § 27 lautet: „In den Nachlaß kann eine Geldstrafe nur dann vollstreckt werden, wenn das Urtheil bei Lebzeiten des Verurtheilten rechtskräftig geworden war.“ Abg. Henneberg beantragt: „In den Nachlaß eines Verurtheilten kann eine Geldstrafe nicht vollstreckt werden.“ Nach einer längeren Debatte zwischen den Juristen des Hauses und des Bundesrathes, die sich jedoch fast nur in juristischen Erörterungen bewegt, wird das Amendement abgelehnt, der § 27 angenommen.

§ 28 lautet: „Die Verurtheilung zur Zuchthausstrafe hat die dauernde Unfähigkeit zum Dienste in dem Bundesheere und der Bundesmarine, so wie die dauernde Unfähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Aemter von Rechtswegen zur Folge. Unter öffentlichen Aemtern im Sinne dieses Strafgesetzes sind die Advokatur, die Anwaltschaft und das Notariat, sowie der Geschworenen- und Schöffendienst mitbegriffen.“ v. Kirchmann will den § 28 streichen, Fries stellt des 1. Art. gegen: „Die Verurtheilung zur Zuchthausstrafe hat den dauernden Verlust der bekleideten öffentlichen Aemter von Rechtswegen zur Folge.“ — Abg. v. Kirchmann: Die Aberkennung der Ehrenrechte ist vor 20 Jahren aus den rheinischen Institutionen hübergenommen, eine gekünstelte, dem deutschen Gefühl widerprechende Strafe. Die Ehre kann nicht der Richter nehmen oder geben, sondern sie hängt von der Meinung der Mitmenschen ab. Eine wirkliche Strafe ist die Aberkennung der Ehrenrechte nur für den, der noch ein Gefühl, einen Funken von Ehre in sich hat, nicht aber für den wirklich Erlosenen, der diese Strafe mit Recht verdient; bei diesem wird sie wirkungslos, jenem wird sie in seiner Besserung hinderlich sein. Es kann mir nicht gut denken, wie Jemand drei Jahre ehrlos sein und dann an einem voraus bestimmten Termine plötzlich wieder ehrenhaft werden soll. Abg. v. Moltke: Der Grundsatz, daß kein zur Zuchthausstrafe Verurtheilter in die Armee eintreten kann, ist so alt, als unser nationales Heer und Marine. Ob er germanisch ist, weiß ich nicht; aber er ist preußisch. Der Eintritt in die Armee ist von jeher als eine Auszeichnung betrachtet worden. Wenn wir Zuchthäuser einstellen, so gefährden wir dadurch die Disziplin, deren nothwendige Aufrechterhaltung niemand bezweifeln wird. Wir würden dadurch zugleich das Selbstgefühl der Armee, die von der Ehre lebt, schwächen. Die juristische Seite dieser Frage verstehe ich nicht, ich bitte aber das Prinzip nicht zu alteriren. — Abg. Paster: Das Strafgesetzbuch sagt: von jetzt ab soll das Zuchthaus die Ehre nicht mehr vermindern; gleichwohl verlangen Sie (rechts), daß ein mit Zuchthaus bestraffter nicht in das Heer eintreten soll. Sie statuiren also für das Militär eine andere Ehre, als für das Civil. Dem kann ich nicht zustimmen. Ich bin sogar der Ansicht, die Commission hat sich zu der Bestimmung dieses § drängen lassen. Da das Militär den Zuchthäuser vom Heere auszuschließen sich die Berechtigung vindicirt, so hat sie daraus gefolgert, daß ein solcher auch kein Civilamt bekleiden könne. Ich bin entfernt davon, für den Dienst in der Armee eine geringere Ehre als für die Verrichtung eines Civilamtes als nothwendig zu behaupten, ich will aber nicht, daß einer Minister werden kann nur mit einem Soldatenrock und nicht auch ohne Soldatenrock. (Heiterkeit.) Begehen Sie keine Inconsequenz in diesem Gesetze, nur weil einzelne Militärpersonen, von Vorurtheilen befangen, Zuchthaus noch in dem alten Begriff nehmen. Halten Sie es der Disciplin wegen für erforderlich, einzelne wegzunehmen, die Verbrechen mit Zuchthaus bestrafte Personen vom Militär auszuschließen, so beschließen Sie wenigstens nicht so, daß Sie sagen: der Mann hat Ehre genug ein bürgerliches Amt zu bekleiden, aber nicht ein Militär zu sein. (Beifall.) — Bundescomm. Friedberg: Es wird allgemein als ein Fortschritt anerkannt, daß der Entwurf die Möglichkeit giebt, ein Vergehen individuell zu beurtheilen und unter Umständen die schwere Zuchthausstrafe auszusprechen, ohne dem Verurtheilten dauernd die Ehrenrechte zu nehmen. Diese humane Theorie dürfte aber nicht mit rückwärts-loser Consequenz durchgeführt werden. Da uns die Vertretung des Bundesheeres sagte, daß diese Anschauung der der Armee noch nicht entspricht, mußten wir hier eine ConzeSSION machen. — Abg. Ackermann hält es für besser, der Zuchthausstrafe die ehrenbare Bedeutung zu lassen, und nur für besondere Fälle dem Richter zu gestatten, daß er die Nichtaberkennung der Ehrenrechte ausspreche. — Abg. Becker (Döbenburg): Die Wissenschaft sagt, Ehrlosigkeit ist nicht eine Folge der Strafe, sondern der ehrlosen Handlung. Aus der Bestrafungsart kann also unmöglich der Verlust der Ehrenrechte abgeleitet werden. Hat das Volk das Vorurtheil, daß Zuchthausstrafen an sich ehrlos seien, so liegt darin für den Gesetzgeber die Aufforderung, dahin zu wirken, daß sich die Volksanschauung der Wissenschaft anschließe und nicht umgekehrt. Dieser



Aufgabe werden sich auch die Militär-Behörden ihren Untergebenen gegenüber nicht entziehen können. — Abg. v. Luch wünschst unveränderte Annahme des § gerade im Interesse der Gleichstellung von Militär und Civil. — Abg. Meyer (Thorn): Eine Inconsequenz zu rechtfertigen — und eine solche ist vom Bundescomm. selbst zugestanden — bedarf es für den Gesetzgeber sehr gewichtiger Gründe, die ich hier vermisse. Man beruft sich auf das Ehrgefühl in der Armee, das Buchthausverbrecher in ihren Reihen nicht dulde; ich weiß wahrhaftig nicht, weshalb sich ein Soldat dadurch mehr verlegt fühlen soll, daß ein in Folge eines aus Leidenschaft begangenen Todtschlages zu Buchthausstrafe Verurtheilter neben ihm steht, als ein unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zu Gefängniß verurtheilter Dieb. Und einen solchen will doch Niemand vom Militär ausgeschlossen wissen. Die Motive selbst entwickeln sehr treffend, daß die Gesetzgebung die Aufgabe habe, unbekümmert um Volkstheile nur der Logik des als richtig erkannten Prinzips zu folgen, und hier muthet man uns zu, zu Gunsten einer im Militär wurzelnden ungerechtfertigten Anschauung eine Inconsequenz zu begehen, die den Zwiespalt zwischen Civil und Militär nur zu erweitern geeignet wäre. — Abg. Graf Eulenburg giebt die Inconsequenz zu; gegen das öffentliche Gefühl und die Gewohnheit müssen aber ideelle Gründe zurücksinken. — Abg. v. Steinmetz: Ich weiß von keinem Gegensatz zwischen Militär und Civil. (Bravo.) Das was die Armee betrifft, betrifft auch den Civilstand mit, denn Sie gehen ja Alle durch die Armee hindurch. Den alten Grundsatz, den deutschen Grundsatz: Ehrlös-Wehrlos! möchte ich für die Armee aufrecht erhalten, nicht als Gegensatz zum Civil, sondern rein im Interesse der Armee und des Vaterlandes. Civil und Militär ist in Preußen ein und derselbe Stand, aber angemessen ist es, daß man den Theil, der zur Zeit die Waffen trägt, in seiner Ehre so hoch stellt, daß dies selbst als die höchste Ehre angesehen werden muß. Bei dieser Gesinnung hat der Staat, das Vaterland, wir Alle, wir mögen angehören, welchem Stande wir wollen, den größten Nutzen. Also lassen Sie es bei dieser Ehrenhaftigkeit der Armee, untergraben Sie sie nicht, die Armee beruht und besteht auf diesem Prinzip der Ehre. Der sein Leben an Alles setzen muß, der muß auch wissen, wofür er es einsetzt, für das Höchste im Staate, für seine Existenz, für seine Ehre. — Abg. v. Mallinckrodt findet darin einen Widerspruch, daß schon die Buchthausstrafe der Ehrenrechte beraubt und daneben noch eine besondere Aberkennung dieser Rechte bestehen soll. — Min. Leonhardt: Die Aberkennung nimmt alle, die Buchthausstrafe nur gewisse Ehrenrechte. Die Ideen Adernmanns, den Richter über die Zulassung zum Militärdienst bei dem Urtheil entscheiden zu lassen, haben wir aus Rücksicht auf die Gefährdung der militärischen Disciplin abgelehnt. — Abg. Miquel: Wir sind mit dem Satz „ehrlös, wehrlos“ durchaus einverstanden, auch wir betrachten den Militärdienst nicht bloß als eine lästige Pflicht, sondern auch als eine Ehre, die Verschiedenheit unserer Auffassungen beruht nur auf der Verwechselung, daß Sie diese Frage hier am unrechten Orte stellen. Von allen Seiten ist anerkannt, daß die Buchthausstrafe ebensowenig als Gefängnisstrafe an sich ehrlös machen soll, sondern daß die Ehrenrechte besonders aberkannt werden müssen. Soll es denn nur das Wort „Buchthaus“ machen? Sagen Sie statt dessen ein anderes, z. B. „Carcer“ — und Niemand von Ihnen wird die mit „Carcer“ Bestraften vom Militärdienst ausschließen wollen. — Abg. Graf Schwerin: Das Buchthaus hat schon durch seine Disciplin und die Art der Beschäftigung seiner Inassen etwas Entehrendes, das es vom Gefängniß unterscheidet und das werden Sie ihm nicht durch eine Definition im Gesetz nehmen. Aus diesem Grunde mag also die Unfähigkeitserklärung zur Verrichtung öffentlicher Aemter und zum Militärdienst mit der Buchthausstrafe verbunden bleiben, nur werden wir dann dafür zu sorgen haben, daß alle strafbaren Handlungen, die unserer Ansicht nach etwas Entehrendes nicht haben, namentlich also die politischen Vergehen, in keinem Falle mit Buchthaus bestraft werden dürfen. (Beifall). — § 28 wird hierauf unverändert angenommen.

Ohne Debatte wird § 29 (Aberkennung der Ehrenrechte), den von Kirchmann zu freieren beantragt, angenommen. — § 30 bestimmt die Rechtswirkung dieser Aberkennung und darunter auch den Verlust der Pension entlassener Beamten. Abg. v. Unruhe-Bomst beantragt Streichung dieses Punktes, da in dem Verlust der Pension, auf die ein reichlicher Anspruch vorhanden sei, eine Confiscation und eine große Härte gegen die unschuldigen Familienmitglieder gefunden werden müsse. — Bundescommissar Friedberg: Das Rechtebewußtsein des Volkes würde durch Beseitigung der Bestimmung verletzt werden, wenn beispielsweise ein wegen Unterschlagung von Geldern bestraffter Beamter fortwährend Unterstützung aus Staatsmitteln bezöge. — Abg. Laster: Die Pension ist ein wohlverdientes Gehalt. In England gewährt man meist keine Pensionen, aber dafür so hohe Befoldungen, daß der Beamte in die Lage gesetzt wird, sich für sein höheres Alter durch eine Lebensversicherung eine Rente zu sichern. Bei uns müßt der Staat die Gehälter sehr knapp zu und übernimmt dafür die Pflicht der Altersversorgung. Die Aberkennung des Rechtes auf die Erfüllung dieser Pflicht ist eine Confiscation, die wir aus unsern Gesetzen streichen müssen. Das Beispiel des Bundescommissars ist nicht zutreffend, da ein Beamter, der wegen Unterschlagung der ihm anvertrauten Gelder bestraft wird, doch meist noch activ und nicht pensionirt ist. § 30 wird mit dem Antrage v. Unruhe-Bomst angenommen. — §§ 31—33 und 35 werden angenommen, § 34 gestrichen.

Die §§ 36 und 37 enthalten Bestimmungen über die Polizeiaufsicht. Abg. v. Kirchmann fährt aus, daß die Polizeiaufsicht in ihrer Bedeutung ohne Nutzen, in ihren Wirkungen aber von großen Nachtheilen sei und giebt anheim, ob eine vollständige Beseitigung dieser Strafe nicht angemessen erscheinen möchte. Dr. Friedberg: Eine sorgfältige Prüfung habe dahin geführt, die Polizeiaufsicht in ihren Folgen bedeutend zu mildern und sie nicht mehr als obligatorisch hinzustellen. Einer vollständigen Aufhebung könne aber um so weniger zugestimmt werden, als namentlich die großen Seestädte einen besonderen Werth auf ihre Beibehaltung legen. Die §§ 36 und 37 werden angenommen; ebenso 38 (mit einer Aenderung v. Kirchmanns) und die §§ 39 und 40. — Nächste Sitzung Dienstag.

\* Berlin, 6. März. Der Hof hat Besuch von dem russischen Großfürsten Michael, der mit Frau und Kindern hier eingetroffen ist, und von dem Fürsten von Hohen-Zollern. Der Letztere wurde von dem Kronprinzen, dem hier anwesenden Herzog von Gotha und dem Polizeipräsidenten v. Wurmb am Bahnhofe empfangen. Die Anwesenheit dieser Gäste wird größere Festlichkeiten veranlassen zu können, wie

es heißt, noch einige deutsche Fürsten eintreffen werden. — Wie in diplomatischen Kreisen verlautet, sind Seitens der bayerischen Regierung Mittheilungen hierher gelangt, welche jeden Zweifel an dem Festhalten der Bündnispolitik in Folge der Ernennung des Grafen Bismarck ausschließen. — Aus Darmstadt wurde am 5. März berichtet, daß der Staatsrath Frank hierher geschickt ist, um als Bevollmächtigter der großherzoglichen Regierung mit dem Norddeutschen Bunde einen Jurisdictionsvertrag abzuschließen. — Graf Bismarck hegt jetzt den sehr begreiflichen Wunsch, eine neue Partei aus allen wahrhaft nationalgesinnten Elementen der liberalen wie der freiconservativen und alt-conservativen Partei zu bilden. Dieses Gemisch von allen Parteielementen zeigt aber zur Genüge, daß ein solches Unternehmen in sich scheitern müßte. Die „Spen. Ztg.“ bemerkt dazu sehr richtig, daß dabei die Nationalliberalen die eigentlichen Träger der nationalen Politik werden würden, weil sie das stärkste Contingent zu dieser Partei stellen würden. Rechnet aber Graf Bismarck darauf, nur die ihm ergebenen Anhänger der nationalliberalen Partei um sich zu scharen, so würde er den wahren Kern derselben sich noch mehr entfremden, als es jetzt der Fall ist, und damit selbst der Realisation zugebrängt werden, in welcher ihn die „Kreuztg.“ täglich mit Sirenenstimme zu locken versucht. „Hoffentlich“, sagt sie neuerdings, wird die Regierung aus den letzten Wahrnehmungen mehr und mehr die Lehre entnehmen, daß es nicht wohlgethan ist, dem Drängen der liberalen Partei in Bezug auf die angeblich unabwendbaren Reformen auf allen Gebieten des Staatslebens so bereitwillig Folge zu geben. Dank erwirbt sie sich damit doch nicht, sie reizt nur den Appetit zu immer dreisteren Forderungen.“ Von ihrem Standpunkt hat die „Kreuztg.“ Recht, Graf Bismarck wird sich aber hüten, sich auf denselben zu stellen. Da Graf Bismarck nach seinem eigenen Eingeständniß ohne die Liberalen „nichts machen kann“, so bleibt er immer an diese gewiesen und versucht er es, sich von ihnen zu trennen, so kann er sich nur die eigene Wirksamkeit abschneiden. Für ihn gerade werden deshalb die Wahlen die schlechtesten Ausichten gewähren. Eine Hilfe könnte ihm nur aus der Bildung einer wirklich neuen Partei erwachsen, wie sie kürzlich in der von uns besprochenen Schrift geschildert wurde. Ob aber unsere Landbesitzer schon die Energie besitzen, eine solche Partei, die sich unter die Leitung von Robbertus stellen müßte, in's Leben zu rufen, ist ebenfalls zu bezweifeln und würde sie geschaffen, so würde Graf Bismarck mit ihr nicht besser, vielleicht aber noch schlimmer daran sein, als jetzt mit den Nationalliberalen und Freiconservativen.

In der Kaufmannschaft herrscht große Entrüstung darüber, daß das Aeltesten-Collegium das 50jährige Bestehen der Corporation nur in seinem Kreise mit den von ihm geladenen Gästen gefeiert hat, weil man mit vollem Rechte den Anspruch erhebt, daß das Collegium in diesem Falle nicht, ohne die Corporation zu hören, die Art der Feier hätte anordnen sollen. Noch mehr als das, berichtet die „Nat.-Ztg.“, es werden sehr viele Stimmen laut, welche in der stattgehabten Feier nicht eine Repräsentation der Corporation durch das Aeltesten-Collegium, vielmehr eine Fortsetzung desselben von der ersten finden. Die Theilnahme der Corporation wurde ganz und gar umgangen und dadurch der Feier der Stempel einer Exklusivität aufgedrückt, welcher mit vollem Rechte die Veranlassung zu der herrschenden tiefen Verstimmlung geben mußte, welche, wenn sie anhält, einen bedeutenden Einfluß auf die für die Erneuerung des Collegiums zu Ende dieses Jahres stattfindenden Wahlen üben wird.

Breslau, 5. März. Die „Bresl. Z.“ meldet Näheres über den Erlass des Cultusministeriums bezüglich der Stellung des Friedrichs-Gymnasiums. Demselben zufolge behält diese Lehranstalt den Charakter eines Gymnasiums; ferner wird derselbe ein einmaliger Staatszuschuß von 8600 Thlr. und ein jährlicher Zuschuß von 2300 Thlr. in Aussicht gestellt. Dagegen stellt das Ministerium die Bedingung, daß die Schule den Charakter einer öffentlichen Lehranstalt unter dem Patronate des Presbyteriums bewahre, sowie daß die Wahl des Directors und der Oberlehrer durch den Staat oder durch das Presbyterium erfolgen müsse.

Kiel, 5. März. Die Yacht „Grille“, ist am 1. d. von Gibraltar in Rade angekommen.

Köln, 6. März. Die Post aus London vom 5. d. früh ist ausgeblieben.

Karlsruhe, 5. März. Die Abgeordneten-Kammer nahm in ihrer heutigen Sitzung den Antrag Kufsels auf Abschaffung der Todesstrafe mit 40 gegen 9 St. an. Ferner wurde der Gesetzentwurf wegen Beseitigung der geistlichen Bekehrung bei Eidesabnahmen mit allen gegen 4 St. angenommen. Die Abgeordneten-Kammer nahm ferner den preussisch-badischen Jurisdictionsvertrag an. Bei der Verathung wurde die neuliche Reichstags-Debatte anlässlich des Laster'schen Antrages berührt. Die Regierungsvertreter sowie die Redner der Majorität sprachen im Sinne der bekannten Erklärung der „Karlsruher Z.“ und der „Badischen Corresp.“ und zwar ebenso entschieden als gemäßigt. (W. Z.)

Darmstadt, 5. März. Die Abgeordneten-Kammer gab in ihrer heutigen Sitzung dem zwischen dem Norddeutschen Bunde und dem Großherzogthum Baden abgeschlossenen Vertrage, betreffend die Einführung der gegenseitigen militärischen Freizügigkeit auch für die nicht zum Norddeutschen Bunde gehörigen Landestheile ihre Genehmigung.

Oesterreich. Wien, 5. März. Das Abgeordnetenhaus nahm in seiner heutigen Sitzung das Erneuerungs-gesetz in dritter Lesung an; die Polen stimmten gegen das Gesetz. Hierauf folgte die Verathung des Staatsvertrages mit der sächsischen Regierung wegen Herstellung der Eisenbahnverbindung zwischen Komotau und Annaberg, zwischen Warnsdorff und Großschönau, so wie zwischen Georgswalde und Ebersbach. Das Abgeordnetenhaus genehmigte den Vertrag und fasste hiezu die Resolution, die Regierung sei aufzufordern, geeignete Schritte wegen gemeinschaftlicher Zollabfertigung für den Elbeverkehr einzuleiten. (W. Z.)

England. \* London, 4. März. In parlamentarischen Kreisen herrscht noch immer die Meinung vor, daß die zweite Lesung der Volkunterrichts-Bill ohne Abstimmung vor sich gehen werde. Dafür bereitet die Opposition Amendements vor, welche den Lebensnerv der Bill, die Trennung der Schule von der Kirche, treffen sollen, und wer weiß, ob sie in diesem Punkte nicht Unterstützung bei solchen finden wird, die in allem Andern trenn von Regierung stehen! Die Einbringung der Bill zur Aufhebung der Universitäts-eide wird möglicher Weise erst nach Ostern stattfinden können, ein Verzug, der gefährlich werden kann, in so fern als das Oberhaus, genau so wie im vorigen Jahre, die Bill bei Seite legen könnte, wenn sie ihm spät in der Session zugesandt würde. Zu der vorläufigen Besprechung über das irische Landgesetz hatten sich gestern 50 bis 60 irische

Unterhausmitglieder beider Parteien zusammengefunden, also mehr als die Hälfte der ganzen Zahl. Ein kleiner Theil beantragte, den Entwurf schon bei der zweiten Lesung zu bekämpfen; da hiedurch jedoch die ganze Vorlage in Frage gestellt werden könnte, so wurde schließlich die Erklärung beschloffen, daß der Entwurf mangelhaft sei, daß er ohne Änderungen eine befriedigende Lösung nicht herbeiführen werde, daß aber die Vorschläge erst bei der Ausschüßberatung gemacht werden sollen. — Der Vorschlag der Admiralität, entlassene Arbeiter von den geschlossenen oder eingeschränkten Regierungswerften mit Truppentransportschiffen nach Canada zu befördern, wird unter den bisher sehr unzufriedenen Arbeitern mit großem Beifall begrüßt. Schon haben sich viele Auswanderungskandidaten vorgestellt, und zwei Tage in der Woche sind in dem benachbarten Deptford ange-  
seht, um weitere Anmeldungen entgegen zu nehmen.

Frankreich. \* Paris, 4. März. Der General-Procurator hat gestern dem Prinzen Peter Bonaparte von dem Anklageacte, welcher ihn vor den hohen Gerichtshof verweist, Kenntniß gegeben. In Bourges trifft man bereits Anstalten für den Empfang des Prinzen. Man richtet nämlich die Wohnung des Gefängniß-Directors für ihn her. — Dem Deputirten Dancel geht es wieder besser. Er machte gestern seine erste Ausfahrt. Dagegen ist Rochefort seit einiger Zeit unpäßlich und hat seine Artikel unter dem Namen Henri d'Angerville einstweilen eingestellt. — Die heute stattgehabte Generalversammlung der Societé immobilière gab dem Antrage, die Gesellschaft möge sich mit dem Credit mobilier verbinden, ihre Zustimmung. — Die „Liberté“ bekräftigt die Absicht der Kaiserin, im Sommer Scandinavien zu bereisen. Man hat vielfach bemerkt, daß das Beispiel von Frau Ollivier mit Bezug auf die Einfachheit der Tracht auch an der Kaiserin einen Proselyten gemacht hat. Die Kaiserin braucht jetzt oft nur eine Toilette pro Tag! — Dem Vernehmen nach ist eine Liebeskluft zwischen der Königin Isabella und Don Francisco d'Alfisti zu Stande gebracht; es wird nicht zum Prozesse kommen.

— 5. März. Durch Decret wird der von den Ministern des Innern und des Krieges mit Brettmayer abgeschlossene Vertrag betreffend die Herstellung eines Kabels zwischen Frankreich und Egypten genehmigt. Dieses Kabel soll auch Algerien berühren, darf aber in keinem Falle auf französischem und algerischem Gebiete die vorgängig an Baron Erlanger concessionierte Linie durchkreuzen. — Eine vom „Français“ veröffentlichte Correspondenz aus Rom glaubt zu wissen, daß die jüngste Depesche des Grafen Daru in ehrerbietigen Ausdrücken abgefaßt sei und sich darauf beschränke, für die französische Regierung das Recht in Anspruch zu nehmen, beim Concil über diejenigen Fragen geboten zu werden, welche eine gewisse politische Tragweite haben könnten. — Der „France“ zufolge beabsichtigt die Linke Montag die Regierung bezüglich der auswärtigen Angelegenheiten zu interpelliren. (W. Z.)

Russland. St. Petersburg, 1. März. Trotz aller Dementis von Seiten russischer Blätter, schreibt man der „Schl. Ztg.“, ist es begründet, daß man eine größere Truppenzahl sowohl in der Pruthenebene, als auch im Rayon der galizischen Grenze zusammenziehen wird, natürlich nur zu Manövern und Lagerübungen. Nach der üblichen Mai-Parade werden die Garben am 15. Juni ins Lager bei Krassnoje-Selo einrücken, wo die Uebungen bis 15. September dauern und dann die Truppen wieder in ihre Garnisonen einrücken sollen, falls nicht Umstände eintreten, die andere Verfügungen erheischen. Ein Circular des Kriegsministers macht bekannt, daß alle beurlaubten Offiziere bis zum 1. Mai bei ihren Truppentheilen eingetroffen sein müssen, und daß vorläufige Beurlaubungen über jenen Termin hinaus nicht nachgesucht und noch weniger ertheilt werden dürfen, weil die vielen neuen Einrichtungen und einzuführenden Exercitien beim Heere es nöthig machen, daß alle Offiziere der Armee auf ihren Stellen seien. — Der Friedensrichter und Buchhändler Tschertkessow und dessen Geschäftsführer, die zuerst festgenommen worden waren, weil sie in die Verschwörungsgeschichte verwickelt sein sollten, sind seit dem 22. Febr. wieder auf freiem Fuße. Vermuthlich löst sich die ganze Angelegenheit schließlich in nichts auf.

Italien. Der „R. Ztg.“ wird aus guter Quelle gemeldet, daß der Papst Angesichts des Anwachsens der Wunderrität, für den Erfolg seiner Unfehlbarkeits-Verheißungen fürchtend, die Abstimmung über diese Frage beschleunigen will und dieselbe auf den 19. März angesetzt hat. Ferner soll der Papst beabsichtigen, die erledigten Cardinalsitze, deren Zahl sich nach dem Tode des Cardinals de Bonald auf 18 erhöht hat, erst nach Schluß des Concils zu vertheilen. Sie sollen für Pius IX. eine Belohnung für die besonders gefügigen Prälaten abgeben.

Danzig, den 7. März. \* [Wasserstand der Weichsel.] Telegramme aus Warschau melden, 5. März: Wasserstand gestern 4' 7", heute Mittags 5' 3", Nachmittags 5' 8". Nach Privatnachrichten hat sich die Eisbede bei Sawichoff gestern Abend 7 Uhr in Bewegung gesetzt; Eisbede hier noch fest. — 6. März, Mittags: Wasserstand hier 6' 4"; Eisbede steht hier noch fest. Krakau, 6. März, 4 Uhr Nachm. Das Eis in der Weichsel setzt sich in Bewegung; Wasserstand 6' 1".

\* [Eisrapport.] Am 6. März wurden die Eis-sprengungsarbeiten mit gutem Erfolg fortgesetzt, und circa 200 Ruthen Stromrinne eisfrei gesprengt. Es arbeiteten dabei 322 Mann. — Wasserstand am Eichenkrug 10', bei der Plenendorfer Schleuse 11' 4" und 11' 2".

\* [Die Schifffahrt auf der Weichsel.] Im vorigen Jahre verunglückten auf der Weichsel neben den Bergen bei Fiedlich in Folge eines Bergsturzes 2 Oberlände. Der eine, dem Schiffer Sch. aus Landsberg gehörig, war leer und zerbrach vollständig. Der Besizer des anderen Rahnes, R. Sch. von hier, erlitt bedeutenden Schaden an Fahrzeug und Ladung, und nur einem Zufall hat er's zu danken, daß nicht Mannschaft und Fahrzeug durch den Erdsturz erdrückt wurden. Der biesige Stromschifferverein hat sich veranlaßt gesehen, die R. Regierung zu Marienwerber zu ersuchen, für die Befestigung der gefährlichen Stellen von unterhalb Schweb bis Fiedlich schleunigst Sorge tragen zu wollen. — Die Direction der Ostbahn wurde ersucht, an der Dirschauer Brücke noch 2 Kräne aufstellen zu lassen, da die beiden vorhandenen zur Abfertigung der bei günstigem Winde in großer Zahl herangeselenden Fahrzeuge nicht genügen und oft ein mehrtägiger Aufenthalt veranlaßt wird, der der Schifffahrt großen Nachtheil bringt, zumal wenn dadurch günstiger Wind und Wasserstand veräuert werden müssen. — Die biesige R. Regierung wurde ersucht, Anordnung zu treffen, daß die Fahrzeuge auch während des Gottesdienstes an der Plenendorfer Schleuse expedirt werden, wenn Hochwasser oder Sturm denselben Gefahr drohen, da sie dort keinen geschützten Aufenthalt haben und schon vielfach Kräne gänzlich zerstört worden sind. Es wäre zu wünschen, daß die Schiffer und deren Vereine an anderen Orten sich diesen Gefahren anschließen möchten.







Gestern Nacht 11½ Uhr wurde meine liebe Frau Johanna, geb. Tsch., von einem kräftigen Mädchen glücklich entbunden.  
Bayreuth in Schlesien, 4. März 1870.

Wagfi,  
Rechtsanwalt und Notar.

Heute Vormittag 10 Uhr wurden wir durch die Geburt eines gesunden Töchterchens erfreut.  
Danzig, den 7. März 1870.

Adalbert Karau und Frau

Unsere am 6. d. M., vollzogene Verlobung zeigen wir statt besonderer Meldung ergebenst an.  
(4729)

Mathilde Klee, geb. Grohnert,  
Friedrich Dörschlag.

Marienburg Neuborf bei Stuhm.

Die Verlobung meiner Nichte Anna Schulz in Danzig mit dem praktischen Arzte Herrn Dr. Scheffler in Dirschau ist aufgehoben.  
Mühlbantz, den 7. März 1870.

Bieschke.

Heute früh 5 Uhr wurde uns unser am 14. v. M. geborenes Söhnchen durch den Tod wieder entzogen.  
Danzig, den 6. März 1870.

Heinrich Schaepe und Frau.

Heute Abend 8½ Uhr entschlief sanft nach langem Leiden mein theurer Mann, unser geliebter Vater, Schwieger- und Großvater, der Herr

Carl Wilhelm Gronau

in seinem bald vollendeten 63. Lebensjahre. Statt besonderer Meldung machen Freunden und Bekannten diese traurige Mittheilung.

Danzig, den 6. März 1870.  
Die Hinterbliebenen.

## Nachruf

dem am 21. Februar zu Grabe getragenen Hof-  
besitzer Friedrich Ohl in Mönchengraben,  
Mitbegründer der Kapstutur hiesiger Gegend.

Was Du Gutes hast gethan,  
Was uns liebevoll verbunden,  
Sehen wir mit Wehmuth an.  
Es ist nicht wie Du verschwunden,  
Denn wie schnell auch Dasein eilt,  
Gutes bleibt und Liebe weilt.

(4766) Deine Zeitgenossen.

## Schiffs-Auction.

Donnerstag, den 17. März 1870, Mittags 12½ Uhr, werden die Unterzeichneten in hiesiger Börse in öffentlicher Auction gegen gleich baare Zahlung verkaufen:

1) Ein Dreihüftel-Anteil im hiesigen Bollschiffe „Martha“.

2) Ein Sechshüftel-Anteil im hiesigen Bollschiffe „Johanna“.

3) Ein Zwei- und Dreihüftel-Anteil im hiesigen Barlschiffe „Margaretha Blanca“.

Der Schlusstermin findet in obiger Reihenfolge selbigen Tages, Abends von 6 Uhr ab, in der Börse statt. Der Zuschlag erfolgt bei annehmbarem Gebot innerhalb 48 Stunden nach Schluss der Auction und bleiben die resp. Meistbietenden bis dahin an ihr Gebot gebunden.

Alle Nähere ist bei den Unterzeichneten zu erfahren.

(4636) F. Domke, A. Wagner,  
vereidigte Schiffsmatler.

## Zum Römischen Concil.

Ulrich von Hutten, Die Römische Dreifaltigkeit. Ein Gespräch. Uebersetzt von Dr. Stadel. Preis 5 Gr.

Dr. Martin Luther, Sendschreiben an den christlichen Adel deutscher Nation. Herausgegeben von Dr. Kuhn. Preis 5 Gr.

In Danzig vorräthig in der L. Saunier'schen Buchhandl. (A. Scheinert).

## Dampfboot - Verbindung Danzig—London.

Mit dem heutigen Tage beginnen die Schraubendampfer „Jda“, Capt. R. Domke, und „Love Bird“, Capt. C. Lietz, wieder ihre regelmässigen Tourfahrten zwischen Danzig und London. Der Dampfer „Jda“ soll etwa den 17. März von den Herren Bremer, Bennett & Bremer in London mit Stückgütern nach hier expedirt werden und der Dampfer „Love Bird“ ungefähr zehn Tage später darauf folgen.

Danzig, den 6. März 1870.

Th. Rodenacker,  
Hundegasse 12.

## Dampfer-Verbindung Danzig—Stettin.

Nach Wiedereröffnung der Schifffahrt werden die Schrauben-Dampfer A. L.

„Colberg“, Capt. C. Streed, und „Ceres“, Capt. M. Braun,

eine fünftägige Verbindung zwischen Danzig und Stettin unterhalten.

Nähere Auskunft ertheilt

Ferdinand Prowe,  
Hundegasse 95.

(4561)

Ein achter grauer Affenpöcher ist zu verkaufen

Neugarten No. 24 auf dem Hof.

Beann'machung wegen Umtauschs und Ausgabe der neuen

## Preussischen 4½ % consolidirten Staats-Anleihen.

Der letzte Preussische Staats-Anzeiger vom 5. März 1870 No. 55 bringt die amtliche specielle Bekanntmachung über den Umtausch und die Bedingungen den bisherigen verschiedenen 4 u. 4½ procentigen preussischen freiwilligen und Staats-Anleihen gegen neue 4½ procentige consolidirte Anleihen, worauf — jedoch nur bis zum 23. April — eine Brämien-Vergütung stattfindet.

Bezugnehmend darauf empfehle ich mich meinen geehrten Geschäftsfreunden und Mitbürgern zur Vermittlung des Umtausches und zur Beschleunigung der Sache gegen eine mäßige Provision und bin zu jeder weiteren Auskunft in dieser Angelegenheit bereit.

Der betreffende Staats-Anzeiger No. 55 vom 5. März cr. ist zu jeder Zeit in meinem Bureau Poggendorf No. 10 einzusehen.

Persönliche Sprechstunden Vormittags von 8 bis 10 Uhr und Nachmittags von 2—3 und 5—7 Uhr.

Danzig, den 7. März 1870.

(4746) Adolph Gerlach,  
vereidigter Börsen-Matler.

Zur bevorstehenden Saison empfehle mein gut fortirtes Lager in

## Seiden-, Filz- und Stoff-Hüten

neueste Frühjahrs-Facon, zu billigen Preisen.

Bestellungen schnell und gut unter meiner persönlichen Leitung.

Robert Upleger,

Hut-Fabrikant,  
1. Damm 5.

## Fortgesetzter Ausverkauf

von Leder-, Galanterie- und Holzwaaren

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

(3424) Louis Löwensohn,  
1. Langgasse 1.

NB. Von Ende April befindet sich mein Geschäft Langgasse No. 17.

So eben erschien die 2. Auflage der

Reductionstabellen

in Silbergrößen pro Scheffel und per Tonne von 1000 Kilo von Edw. Klitzkowski.

4 Sgr. Vorräthig bei Th. Anhalt und in der L. Saunier'schen Buchhandl. (A. Scheinert).

(4768)

Preuß. 4 u. 4½ % Anleihen.

Den Umtausch der alten Preuß. 4 % u. 4½ % Anleihen gegen die neue consolidirte Preuß. 4½ % Anleihe bewirken wir bis 23. April d. J. unter Vergütung der vom Staate bewilligten Brämien von ½ — ¾ resp. 3 % ohne jede Provisions-Berechnung.

Meyer & Gelhorn, Danzig,  
Bank- und Wechsel-Geschäft, Langenmarkt 7.

Wir machen noch besonders darauf aufmerksam, daß der Staat, nach dem 23. April d. J. keine Extra-Prämie für den Umtausch gewährt.

(4764)

Amerikanische Coupons,

welche am 1. Mai c. fällig werden, lösen schon von jetzt ab zum höchsten Course ein

Meyer & Gelhorn, Danzig,  
Bank- und Wechsel-Geschäft, Langenmarkt No. 7.

5 % Kreisobligationen,

Bromberger Regierungsbezirk, welche jährlich mit mindestens Ein Prozent und den ersparten Zinsen al pari amortisirt werden, Zinsen und ausgelassene Stücke hier, Berlin (bei Mendelssohn & Co.), Bromberg, zahlbar, empfehlen zum festen Course

von 93 3/4 als sehr sichere Capitalanlage und nehmen wir Westpreussische Pfandbriefe und andere Fonds zum Berliner Course dagegen in Zahlung.

Baum & Liepmann,  
Wechsel- und Bank-Geschäft,  
Langenmarkt No. 20.

Auswärtige belieben sich franco an uns zu wenden und ertheilen wir jede gewünschte Auskunft.

(4543)

Der Ausverkauf zurückge-

sehener eleganter Tüll- und Mull-

Gardinen wird fortgesetzt. Von den Gardinen, à 3 bis 6 Sgr., ist nur noch ein kleiner Posten

auf Lager.

Adolph Berg, Heiligegeistgasse 117.

Den Ausverkauf meines vollständig fortirten Juwelen, Gold- und Silberwaarenlagers zu sehr herabgesetzten Preisen empfehle ich der geneigten Beachtung angelegentlich.

A. L. Danziger Wwe.,  
Bredbankengasse 51.

Ich habe soeben eine Sendung schöner Menschenhaare empfangen, wovon ich namentlich schönes Blond, ganz Weiß u. Grau bestens empfehle.

(4755) Richard Lemke, Coiffeur,  
Langenmarkt 39, Cinnabar-Küchenstra.

In meinem Schweizerhause in Jäschenthal sind noch einige Wohnungen zu vermieten.

(4704) Otto Reklaff.

Große geräucherte Maränen,

Geräucherte Flundern,

versendet

Brunzen's Seefisch-Handlung, Fischm. 38.

Große geräuch. Maränen,

täglich frisch aus dem Rauche, empfiehlt billigt

Alexander Heilmann, Scheibenerstr. 9.



## Auction

zu Artschau bei Danzig,

Mittwoch, den 16. März 1870,

Vormittags 11 Uhr,

über

42 Vollblut-Southdown-Böcke,

4 Halbblut-Southdown-Merino-

Böcke,

20 Vollblut-Southdown-Mutter-

schafe (gedeckt),

4 Ober, Berks-hire-u. Yorks-hire-

Kreuzung, und

1 vier Jahre alten Schimmel-

Wallach (Arabisch Blut).

Berzertnisse werden vom 6. März auf Wunsch

verschafft.

W. Guth.

Ein Pfauhahn und eine Pfauhenne sind

zu verkaufen bei

David Wiens in Gr. Brunau

bei Tiegenhof.

(4719)

Eine Locomobile wird zu kaufen

gekauft. Offerte nebst Preisangabe

Danzig, Schaferei 2, im Comtoir.

(4713)

1 junger Mann sucht unter bescheidenen An-

Elegante u. solide  
Fußbekle-  
dungen  
für Gesellschaft, Prom-  
nade und Haus empfiehlt bei größter  
Auswahl das  
Wiener Schuhwaaren-Depot  
W. Stechern,  
(4771) Langenmarkt 17,  
vis-à-vis Herrn A. T. Angerer.

Nur noch bis morgen Dienstag,

den 8. März, bin ich hier im Hotel du

Nord für Fußbekleidung zu consul-

tiren. Vormitt. von 10—1 für Da-

men und Nachmitt. von 2—5 Uhr

für Herren.

Fußhartin Elisabeth Kessler.

## Ritterguts-Verpachtung.

Ein Rittergut, bei Stettin gelegen, 1800

Morg. groß, davon 1000 Morg. Niederung, 700

Morg. Höhe, Inventar 90 Rthlr. zc., Milchabzug

Stettin, mit prachtvollen Gebäuden, nur mit

Pfandbriefen belastet, jährl. Racht ca. 4000

Rthlr., ist zu verpachten. Ein Vermögen von 10

bis 12,000 Rthlr. genügt. Auskunft ertheilt Ro-

bert Jacobi in Bromberg, General-Agent.

## Frühe Rübfuchen

offert von unserem Lager „Mother & Co.“

(4769) Putschow u. Co.

Ein junges Mädchen aus guter Familie wünscht

in einem anständigen Geschäft am liebsten

Kurz- oder Weißwaaren, zu Oftern eine Stelle.

Es wird weniger auf Gehalt als auf gute Be-

handlung gesehen. Gef. Adressen unter Chiffre

4754 in der Exped. der Danz. Zeitung.

## Zwei recht gediegene Destillateure für

auswärtige größere Blase sucht per

April cr. E. Schulz, Deutergasse 3.

10—12000 Rthlr. auf ein ländl. Grund-

stück, mindestens 40,000 Rthlr.

werth, werden vom Selbstdarleiber zur ersten

Stelle gesucht. Adressen werden unter 4618 durch

die Expedition dieser Zeitung erbeten.

## Heirathsgesuch.

Ein junger deutscher Gutsbesitzer, katholischer

Confession, sehr tüchtiger Landwirth (die Besizung

neu ausgebaut, hat circa 500 Morgen guten,

500 Morgen miltlen Roggenboden) sucht auf diesem

Wege eine Frau. Junge Damen, deren an Be-

gründung einer anständigen gemüthlichen Haus-

haltung gelegen, oder deren Eltern, Vormünder

oder Verwandten, beiziehen ihre Adressen

sub Littra 4753 in der Danz. Zeitung niederzul.

Heil. Geistgasse 35 ist ein freundl. möbl. Zim-

mer nebst Kabinett zu verm. Kab. das. 2 Tr.

VI. Mittwoch, den 9. d., im Gewerbe-

haussaale zur Erhaltung der hiesigen

vier Klein-Kinder-Bewahr-Anstalten:

Vorlesung des Kaplains zur

See Herrn Werner: „Retnungs-

weisen zur See.“

Anfang 6¼ Uhr Abends. Einlaßpreis 10 Sgr.

2000 m. l. p.

Dienstag, den 8. März, Abends 8 Uhr.

Gewerbe-Berein.

Donnerstag, den 10. März cr., Abends 7 Uhr:

Generalversammlung.

Tagesordnung.

1) Wahl des Vorstandes.

2) Wahl der Revisoren für die Rechnung der

Hilfskasse pro 1869.

Der Vorstand.

Pariser Keller.

Heute sowie alle Abende Concert mei-

rer neuen Kapelle. A. Bujack.

Selonke's Varieté-Theater.

Dienstag, den 8. März. Das große Poos,

oder: Ein ganzer Kerl. Poese mit Gesang

in 6 Bildern.

Danziger Stadttheater.

Dienstag, den 8. März. (Ab. susp.) Zwei-

tes Gastspiel des Fr. Lina Mayr und des Fr.

Liedtke vom Kaiserl. Hoftheater zu St. Peters-

burg. Die schöne Helena. Römische Oper in 3

Abtheilungen von J. Offenbach.

Sehr bescheidene Anfrage.

Thäten die Herren Branereib-

er nicht gut, wenn sie bei diesen

billigen Getreidepreisen statt 6½

6 Thlr. per Tonne notirten? also

dem Beispiele anderer Städte folg-

ten?

(4772) Einer für Diverse.

An wen und wohin soll ich schreiben?

Gieb Antwort. Ein Erkennungszeichen.

(4721) M.

Ich bitte meinen alten Freund sehr um Ver-

gebung, daß ich gestern so ungezogen gewe-

sen bin, ihn zu tranken. Ich verspreche, künftig

immer recht artig zu sein.

(4773) August.

Druck u. Verlag von A. W. Rasemann in Danzig.